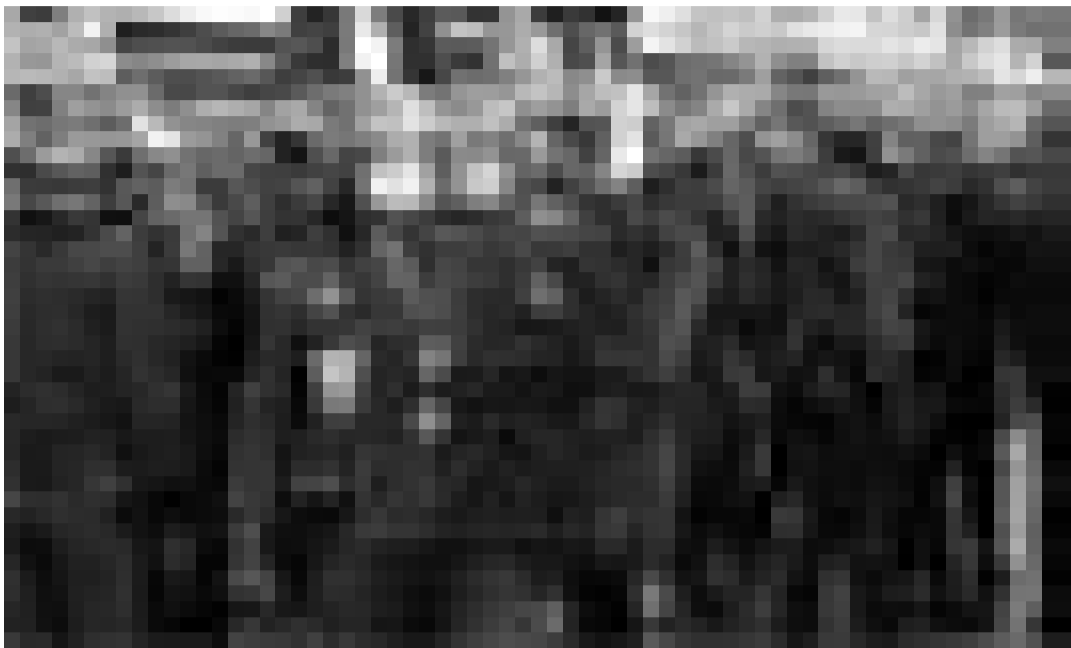


WAHLEN IN FRANKREICH

Bis jetzt ging alles schief



Kümmern sich um Integrationsprobleme und soziale Brennpunkte: Die Fachkräfte der CRS.
(Foto: Gerome B.)

**Vor den französischen
Präsidentschaftswahlen
herrscht in den Banlieues
Resignation.
Die Menschen dort
leben bereits seit
Jahrzehnten im
gesellschaftlichen
Abseits.**

Billy ballt die Faust. Er ist verbittert. Die Erinnerung an jenen Tag im Januar vor drei Jahren verfolgt ihn, als sein bester Freund bei einem Unfall tödlich verunglückte. "Hier ist es passiert", sagt Billy. Der dunkelhäutige junge Mann zeigt auf eine Straßenkreuzung inmitten von Haute-pierre, einem von schäbigen Wohnsilos (HLM) geprägten Vorort von Straßburg. "Hier haben sie ihn umgebracht." Für den 22-Jährigen gibt es keinen Zweifel, dass die Polizei seinen Kumpel auf dem Gewissen hat. Eine Sondereinheit der "Compagnies Républicaines de Sécurité" (CRS) hatte den Jungen durch die Trabantenstadt gejagt – bis er mit seinem Motorrad stürzte. Er starb kurze Zeit später im Krankenhaus. Der Zorn der Jugendlichen in dem Problemviertel im Westen der Elsass-Metropole war groß. Eine Nacht lang lieferten sie sich mit den Uniformierten eine Straßenschlacht. Ähnliches war schon 15 Monate zuvor geschehen, als ein 17-Jähriger starb - ebenfalls auf der Flucht vor der Polizei.

Auch im Herbst 2005 gab es Krawalle in Haute-pierre. Sie begannen nach dem Tod zweier Minderjähriger im Pariser Vorort Clichy-sous-Bois. Die beiden waren durch einen Stromschlag in einer Transformatorstation, wo sie sich vor der Polizei verstecken wollten, ums Leben gekommen. Die Ausschreitungen griffen bald auf andere Cités im Großraum Paris und dann auf die Banlieues im ganzen Land über. Der Aufruhr der Einwandererkinder von 2005 war der bislang größte seiner Art in Frankreich. Mehr als 10.000 Autos gingen bei den Unruhen in Flammen auf, 255 Schulen und 233 weitere öffentliche Gebäude wurden beschädigt. Dabei gehörten brennende Fahrzeuge längst zur Realität in den 752 offiziell als "zones urbaines sensibles" gekennzeichneten sozialen Brennpunkten im Umkreis der französischen Großstädte. "Wer hier lebt, ist abgestempelt",

sagt Abdel. Der junge Franzose algerischer Herkunft wohnt in Neuhof, einem von schäbigen Betonburgen geprägten Viertel im Süden Straßburgs. Etwa 20.000 Menschen leben in der Banlieue, die Mehrheit davon Immigranten aus dem Maghreb und Schwarzafrika sowie deren Kinder. Für die Jugendlichen, von denen die meisten einen französischen Pass besitzen, gibt es so gut wie nichts: keine Arbeit, keine Bistros, keine Diskothek, keine Perspektive.

Unter den rund 4,7 Millionen Menschen in ganz Frankreich, die in den "sensiblen Stadtzonen" leben, ist die Arbeitslosenrate mit 20 Prozent mehr als doppelt so hoch wie im nationalen Durchschnitt. Mehr als ein Drittel der Bewohner lebt von Sozialhilfe. Von den unter 25-Jährigen sind 36 Prozent ohne Job, in manchen Vierteln jeder Zweite. "Wir hängen auf der Straße herum", beschreibt Abdel seinen Alltag. "Das Leben hier ist öde und langweilig." Außer an Silvester, sagt er. Regelmäßig zum Jahreswechsel brennen besonders viele Autos in Neuhof. Zuvor wurden sie halb zu Schrott gefahren. "Autorodeo" heißt das unter den Jugendlichen, "Autogrill" nennen sie das Abfackeln. "Nur dann kommt die Polizei", weiß Abdel, "sonst lässt sie sich nicht in unserem Viertel blicken." Für ihn und seine Altersgenossen ist die Kleinkriminalität Alltag, das Ausgeschlossenheit bedeutet Normalität. Nur in einer Gang gibt es noch so etwas wie Geborgenheit.

Hass auf Sarkozy

"Ich würde gerne arbeiten", sagt Billy aus Haute-pierre, dessen Eltern einst von der Elfenbeinküste nach Frankreich einwanderten. "Aber ich bekomme keinen Ausbildungsplatz. Denen gefällt meine Hautfarbe nicht." Mit "denen" meint Billy alle, die an führenden Stellen beim Staat oder in der Wirtschaft sitzen. Schlecht zu sprechen

ist er vor allem auf Nicolas Sarkozy. Im Laufe der Krawalle vor anderthalb Jahren hat der damalige Innenminister entscheidend zur Eskalation beigetragen, als er die Aufständischen als "racaille" (Gesinde) bezeichnete und ankündigte, die Problemviertel mit einem Hochdruckreiniger zu säubern. Unter den Jugendlichen der Banlieues ist Sarkozy verhasst, die Mehrheit der Franzosen hingegen klatscht dem 52 Jahre alten Kandidaten der konservativen UMP für seine Tatkraft und harte Linie laut Beifall. Mit dem neuen Immigrationsgesetz vom Juni vergangenen Jahres wurde die Zuwanderung erschwert, der Familienzugang begrenzt und es wurden "Integrationsverträge" eingeführt. Letztere verpflichten jeden, der Franzose werden will, zur Teilnahme an staatsbürgerlichen Kursen. Aus den heißen Herbstwochen des Ausnahmezustands ist "Sarko" gestärkt hervorgegangen, ebenso aus den Massenstreiks letztes Jahr gegen das Gesetz zum Ersteinstellungsvertrag (CPE). Zum offiziellen Wahlkampfbeginn zwei Wochen vor dem ersten Wahlgang am 22. April liegt Sarkozy nach Meinungsumfragen vorn.

Die Regierung präsentierte das betreffende CPE-Gesetz als ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Lage der Vorstadtjugendlichen. Weitere wurden auf den Weg geschickt – zur Bekämpfung der Diskriminierung und Schaffung von Anreizen zur Integration sowie zu besseren Ausbildungsmöglichkeiten in den als pädagogische Sonderzonen ausgewiesenen Banlieues, wo die meisten der jährlich 160.000 Schulabbrecher in Frankreich herkommen und die unerfahrensten Lehrer unterrichten. Unternehmen, die sich dort ansiedeln, winken Steuervorteile und staatliche Kredite. Mit dem "Grand Projet de Ville" will der Staat die sozialen Brennpunkte befrieden. Allein in das Straßburger Viertel Neuhof pumpt er in den nächsten Jahren mehr als 200 Millionen Euro. Die Wohnungen sollen renoviert und die heruntergekommenen HLM abgerissen werden.

Ähnliches gilt auch für Mont-Saint-Martin bei Longwy: Wenn jemand aus den Wohnungen der dortigen Cité auszieht, werden diese nicht mehr vermietet. Die Eigentümer lassen Türen verriegeln und nageln die Fenster mit Brettern zu. An Stelle der mehrstöckigen Wohnruinen sind familienfreundliche Reihenhäuser geplant. "Was dann aus uns wird, kümmert niemanden", klagt Fatima. Die Mittvierzigerin tritt aus einem der Häuser und wirft zwei Mülltüten in einen Container. Die gebürtige Marokkanerin lebt allein mit ihrem Schoßhündchen in einem kleinen Appartement. Zu ih-

ren Nachbarn hat sie nur wenig Kontakt. Es herrscht die Anonymität der Armut. Von ihrem Lohn als Kassiererin in einem nahegelegenen Supermarkt kann sie sich die 250 Euro Miete im Monat leisten. "Viel mehr kann ich nicht bezahlen", sagt Fatima.

Erneuerer Bayrou?

Ein paar Hundert Meter weiter schneidet Madjid Stücke von einem Fleischspieß. Den Kebab-Imbiss führt er seit einem halben Jahr. Das Geschäft floriert. Madjid klagt über die hohen Abgaben. Was die Wahlen betrifft, ist er skeptisch. Für ihn kommt am ehesten François Bayrou in Frage. "Den werde ich wählen", betont der stämmige Imbissbesitzer. "Er zeigt es den anderen." In der Tat empfiehlt sich Bayrou als Erneuerer. Immer wieder betont der Chef der kleinen Zentrums-partei UDF, dass er weder links noch rechts stehe. Nach den Umfragen liegt er mit 21 Prozent der Wählerstimmen knapp hinter Sarkozy (26) und der Sozialistin Ségolène Royal (23,5). Der 55-jährige Landwirt und ehemalige Französischlehrer, unter den Regierungschefs Balladur und Juppé in den 90er Jahren Erziehungsminister, sorgte dafür, dass aus dem Duell zwischen "Sarko" und "Ségo" ein Dreikampf wurde. Bayrou plädiert nicht nur für eine Reform des Ausbildungssystems, sondern kündigt einen radikalen Neubeginn in den Banlieues an. "Es wurde schon zu viel experimentiert", weiß Imbissbesitzer Madjid. Zwar hat sein Favorit zuletzt wieder etwas an Zustimmung eingebüßt. Unbestritten ist jedoch, dass er im Falle eines Einzugs in die Stichwahl im Mai glänzende Siegchancen hat. Würde er dann gegen Sarkozy antreten, könnte er mit den Stimmen der gesamten Linken rechnen. Im Zweikampf mit Royal hätte er die Stimmen der kompletten Rechten auf seiner Seite.

Selten war das Rennen um das Amt des Staatsoberhauptes so spannend wie dieses Jahr. Etwa 42 Prozent sind noch unentschieden. Die Zahl derer, die sich in die Wählerliste einschrieben, liegt über der von 2002. Trotzdem sitzt der Verdruss der Franzosen über ihre politische Klasse tief. Die Neigung der Wähler zum Denkwort bekam beim letzten Mal der Sozialist Lionel Jospin zu spüren, als ihn der Rechtsradikale Jean-Marie Le Pen hinter sich ließ und in die Stichwahl einzog. Dass sich das Debakel von damals wiederholt, will Ségolène Royal verhindern. Die Ex-Ministerin hat zwar die Parteigrößen Fabius und Land in der parteiinternen Vorausscheidung der Sozialisten hinter sich gelassen, inzwischen aber einiges an Glanz eingebüßt. Nicht für Guillaume Pucci, der ein Foto der sozialistischen Kandidatin in seiner Garage in Audun-le-Tiche hängen hat. "Ich habe es im Gefühl, dass sie es schafft", sagt der 76-Jährige zuversichtlich. "Endlich ist mal eine Frau an der Reihe."

Audun-le-Tiche ist traditionell links, im Rathaus regiert

sogar ein kommunistischer Bürgermeister. Doch die Unentschiedenheit ist im linken Lager besonders ausgeprägt. Gleich sechs Kandidaten aus dem grünen, globalisierungskritischen und linksradikalen Lager treten zur Wahl an: Olivier Besancenot von der trotzkistischen LCR, Arlette Laguiller von der ebenfalls trotzkistischen LO, Gérard Schivardi von der PT, Marie-George Buffet von der kommunistischen Partei sowie die Grüne Dominique Voynet und der Bauerngewerkschafter und Held der Globalisierungskritischen Bewegung, José Bové. Mehr Steuern für die Spitzenverdiener, höhere Mindestlöhne und Pässe für die Sans Papiers – in ihren Forderungen unterscheiden sie sich nur wenig. Zumindest die KPF und die Grünen haben angekündigt, im zweiten Wahlgang Royal zu unterstützen.

Nationalistische Töne

Die lässt wie ihr Hauptkontrahent Sarkozy verstärkte patriotische Töne anklängen. Beide lassen bei ihren Auftritten die Nationalhymne anstimmen. Während die Sozialisten die Franzosen auffordert, sich eine Trikolore zulegen, propagiert der Neogaullist die Gründung eines Doppelministeriums für Einwanderung und nationale Identität. Derweil zeigt sich Jean-Marie Le Pen gelassen: Der 78-jährige Rechtspopulist zieht zum fünften Mal für seinen Front National (FN) in den Kampf ums höchste Staatsamt. 2002 gelang ihm sein größter Coup, nun zeigt sich der alte Haudegen als Wolf im Schafspelz: Auf Wahlplakaten posiert er mit Maghrebinern, auf Veranstaltungen ist die Internationale zu hören. "Wir Franzosen haben weniger Rechte als die Ausländer", stimmt ein junger FN-Anhänger aus Audun-Le-Tiche die rechte Standardlitanei an. Ein Automechaniker aus Sierck-les-Bains poltert derweil gegen die hohen Steuern und Abgaben und plädiert im Falle eines erneuten Aufstands in den Banlieues für standrechtliche Erschießungen. Bereits vor einem Jahr stellte die Nationale Kommission für Menschenrechte eine erhöhte Fremdenfeindlichkeit fest.

Billy gibt sich derweil gleichgültig. "Nichts wird sich ändern", prophezeit der junge Mann aus der Straßburger Vorstadt. Die Probleme in den Banlieues sind schließlich nicht neu. Schwere Krawalle gibt es dort schon seit Ende der Siebziger Jahre. Diskriminierung und Polizeiwilkkür gehören zur Normalität. Billy hat sich als Schüler den Film "La Haine" über die Perspektivlosigkeit der Jugend in einem Pariser Ghetto angeschaut. Er kennt daher auch den Witz von dem Mann, der vom 50. Stock eines Hochhauses fällt und sich bei jedem Stockwerk sagt: "Bis jetzt ging alles gut." Billy denkt an die Misere in seinem näheren Umfeld. Er sagt: "Eigentlich müsste es heißen: Bis jetzt ging alles schief."

Bustos Domecq